

«Unsere Schulen sind keine Vergnügungszentren»

Anton Schwingruber, Verantwortlicher für den Deutschschweizer Lehrplan, über die Angriffe der SVP

VON MATTHIAS HALBEIS,
OLIVER ZIHLMANN (TEXT) UND
SIMON TANNER (FOTO)

Sie sind oberster Verantwortlicher für den neuen Lehrplan 21, der 2014 an sämtlichen Volksschulen der Deutschschweiz installiert werden soll. Die SVP hat bereits einen Gegenplan vorgestellt.

Seit letzter Woche wissen wir, dass sämtliche 21 Deutschschweizer Kantone bei uns mitmachen, und alle werden das Projekt mitfinanzieren. Auch die fünf SVP-Bildungsdirektoren haben zugesagt und stehen voll hinter uns. Anders als bei Harmos haben wir beim Lehrplan 21 Einstimmigkeit erreicht. Letzte Woche haben sechs Teams bei einem Kick-off-Meeting in Zürich Altstetten erst mit der Ausarbeitung begonnen.

Viel vorwerfen kann man uns also noch gar nicht.

Die SVP sagt, sie zentralisieren die Bildung.

Und dafür legt sie selber einen zentralisierten Lehrplan vor? Das kann ich nicht ernst nehmen. In

«Der Bund müsste einschreiten, wenn sich die Kantone nicht einigen»

der oberste Steuergruppe des Lehrplans sitzen Bildungsdirektoren aus fünf Kantonen und vier Parteien, die SVP hat dort als einzige Partei zwei Sitze. Die Reaktion der SVP-Bildungsdirektoren auf die Vorwürfe ihrer Partei hat gezeigt: Sie alle stehen noch immer klar hinter unserem Projekt.

Die Kritiker sagen, der Lehrplan sei wie bei Harmos nicht demokratisch abgestützt, weil das Volk nicht darüber abstimmen kann.

Alle teilnehmenden Regierungen sind demokratisch gewählt, in gewissen Kantonen hat auch das Parlament entschieden. Die Volksschulgesetze, die regeln, welche Behörde im Kanton für die Festlegung des Lehrplans zuständig ist, sind auf demokratischem Weg beschlossen worden. Und die demokratisch gewählten Behörden werden in jedem Kanton später selbstständig entscheiden können, ob der Lehrplan eingeführt werden soll.

Was passiert wenn massiver Widerstand kommt?

Wegen des Bildungsrahmenartikels, den das Schweizer Volk 2006 mit mehr als 80 Prozent Ja-Stim-



Anton Schwingruber, Bildungsdirektor des Kantons Luzern: «Das SVP-Papier zur Schule provoziert nur»

men angenommen hat, müsste der Bund einschreiten, wenn sich die Kantone nicht einigen. Das bereitet mir Sorgen. Dann droht uns Kantonen ein massiver Verlust an Einfluss auf die Bildungspolitik.

Warum?

Dann müssten die in Bern ein Bundesamt für Volksschule schaffen und den Kantonen einen einheitlichen Lehrplan diktieren. Die SVP spricht vom Bildungsvogt, und meint den Lehrplan 21. Aber sie riskiert damit, dass wir Kantone erst recht unterjocht werden.

Sie müssen viele umstrittene Bildungsinhalte festlegen. Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg, Klimawandel, Sexualkunde. Wie gehen sie vor?

Wir müssen den Kindern das aktuellste Wissen vermitteln. Darum arbeiten wir bei der Konzeption des Inhalts mit Fachleuten zusammen, die uns in diesen Fragen beraten. Sie kennen den Stand der Wissenschaften. Das wird unsere Richtschnur sein. Dann werden die von den Fachleuten erarbeiteten Inhalte breit diskutiert. 2013 findet eine Konsultation statt, und schliesslich werden die Erziehungsdirektoren den Lehrplan 21 verabschieden.

Nicht nur SVP, auch FDP und CVP machen nationalen Wahlkampf mit der Volksschule.

Das ist auch gut. Die Schule muss öffentlich diskutiert werden. Dem muss man sich stellen. Mich stört am SVP-Papier nur, dass es uns in weiten Teilen nicht hilft, sondern nur provoziert.

Auf dem Weg zum Lehrplan 21



2006 hat das Volk einen Rahmenartikel verabschiedet, der besagt, dass in der Bildung nicht mehr jeder Kanton einen Sonderzug fahren darf.

Deswegen entwickeln die drei Sprachregionen je einen einheitlichen Lehrplan. In der Westschweiz ist er schon bereit zur Einführung. In der Deutschschweiz wird er jetzt unter dem Titel «Lehrplan 21» ausgearbeitet. Die 21 Kantone haben festgelegt, dass ein gemeinsamer Lehrplan mit sechs Fachbereichen ausgearbeitet wird. Er kann auch unabhängig von Harnos eingeführt werden. Der neue Lehrplan definiert, welche Kompetenzen Kinder in der zweiten, sechsten und neunten Klasse erreichen müssen. Die Hoheit der Kantone

bleibt bestehen. Im Steuerungsausschuss des Projekts sitzen neben Präsident Anton Schwingruber (CVP, LU) auch Regine Aeppli (SP, ZH), Alex Hürzeler (SVP, AG), Walter Stählin (SVP, SZ), Josef Arnold (CVP, UR) und Bernhard Pulver (G, BE). Für Schwingruber ergibt dieses Vorgehen auch finanzpolitischen Sinn: «Wenn jeder Kanton seinen eigenen Lehrplan erarbeitet, werden Steuergelder verpulvert.» Einen Lehrplan auszuarbeiten, kostete nahezu gleich viel, ungeachtet ob er später für einen oder mehrere Kantone gilt.

Womit zum Beispiel?

Es heisst, die Schulen seien «Vergnügungszentren» und weit davon entfernt, den Kindern Grundkenntnisse beizubringen. Eine solche Behauptung ist eine Frechheit. Rechnen, Lesen und Schreiben lernen unsere Kinder genauso gut wie früher, nur ein wenig anders.

Die Jungen können heute in der Lehre weniger, heisst es.

Ach, das habe ich schon als Volkswirtschaftsdirektor immer wieder gehört. Das stimmt einfach nicht. Heute liefern Sechsklässler Abschlussarbeiten in einer druckfertigen Qualität ab. Einen solchen Standard habe ich selber nicht einmal in meiner Dissertation erreicht.

Die SVP sagt, vieles war früher in der Schule besser.

Ich ginge heute viel lieber in die Schule, als damals in Werthenstein. Damals unterrichtete ein Lehrer 45 Schüler aus drei Klassen. Das war im Entlebuch normal. Ich durfte zwar im Winter während des Unterrichts regelmässig im Schulkeller Kohle schaufeln, was mir sehr gefiel, aber weil wir viel stille Arbeitszeit hatten – der Lehrer musste ja auch die anderen Klassen unterrichten –, habe ich sicher Hunderte von Stunden Schönschreiben üben müssen. Genützt hat es nichts: Ich habe immer noch eine solche Sauschrift, dass ich sie manchmal selbst nicht lesen kann. Heutige Schüler werden viel stärker gefordert. Von Vergnügungszentren à la SVP keine Spur.

Freidenker fordern Atheismus-Unterricht

Eine neue Studie zeigt: Der staatliche Unterricht über Religion und Ethik ist im Vormarsch

ZÜRICH Nach Kreuz und Kruzifix kommt der Religionsunterricht ins Visier der Freidenker. «Wenn Weltanschauungen im Unterricht thematisiert werden, darf es nicht sein, dass nur Religionen behandelt werden. Atheismus und Agnostizismus gehören zwingend dazu», sagt Reta Caspar, Geschäftsführerin der Freidenkervereinigung Schweiz.

Elvira Bader, Solothurner CVP-Nationalrätin, widerspricht: «Der traditionelle katholische und reformierte Religionsunterricht muss beibehalten werden. Es ist wichtig, dass wir für unsere religiösen und kulturellen Werte einstehen und sie weitergeben, sonst gehen sie verloren.»

Auch Katecheten befürworten ein Nebeneinander

Laut der neuen Nationalfondstudie «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» (NFP 58) wird der katholische und reformierte Religionsunterricht immer mehr durch einen staatlichen Unterricht über Religion, Ethik und Gesellschaft verdrängt. Anstelle der religiösen Wertevermittlung steht der Umgang mit ver-

schiedenen Weltanschauungen im Zentrum. Kantone wie Aargau, Neuenburg, Waadt und Zürich haben in den letzten Jahren einen solchen Unterricht eingeführt.

Selbst Katecheten befürworten angesichts der steigenden Anzahl konfessionsloser Schüler ein Nebeneinander von staatlichem und konfessionellem Unterricht. Hanspeter Lichtin, Leiter der Fachstelle für Religionsunterricht der römisch-katholischen Kirche Baselland, sagt: «Wir begrüssen ein staatliches Fach, welches religionskundlich ausgerichtet ist und ethische Fragen beinhaltet.»

Kein Nebeneinander gibt es für die Jungsozialisten. Für Juso-Vizepräsidentin Mattea Meyer ist klar: «Der Religionsunterricht an den Schulen muss in allen Kantonen durch einen obligatorischen Ethikunterricht ersetzt werden, der sich hinterfragend mit Religionen und Weltanschauungen auseinandersetzt.» Zudem dürften im Sinne der Trennung von Kirche und Staat keine Räumlichkeiten für kirchlichen Religionsunterricht zur Verfügung gestellt werden. NIKLAS ZIMMERMANN/RINALDO TIBOLLA